

Wahlprüfstein DIE LINKE. NRW

Amtsrichterverband
Am Dill 164
48163 Münster

- 1. Was ist ihr vorrangiges Rechtspolitisches Ziel auf Landesebene?** DIE LINKE will eine demokratische und für alle zugängliche Justiz in NRW. Unabhängigen Gerichten kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu, weil ihnen in diesem Rechtssystem die Aufgabe zukommt, geltendes Recht effektiv und zügig durchzusetzen. Das setzt generell eine gute personelle und materielle Ausstattung, gerade für die besonders belasteten Arbeitsgerichte, aber auch die Amtsgerichte, die komplexe Sachverhalte ordnen und beurteilen müssen, voraus. Eine effektive Rechtsverfolgung fordert vor allem, den Zugang zu den Gerichten für alle zu gewährleisten und den Radius für die Erlangung von Prozesskosten- und Beratungshilfe deutlich zu erweitern. Darüber hinaus müssen auch die Voraussetzungen für eine organisatorische Unabhängigkeit und Demokratisierung der Justiz geschaffen werden.
- 2. Nach dem Personalbedarfsberechnungssystem „PEBB\$Y“ sind die Richter an den ordentlichen Gerichten in NRW, vor allem an den Amtsgerichten, seit Jahren überlastet. Was wollen Sie unternehmen, um diese Überlastung abzubauen? Wie wollen Sie eine ausreichende Ausstattung der Amtsgerichte mit Richtern sicherstellen?** DIE LINKE.NRW unterstützt die Forderung, die Personalausstattung gemäß der Ergebnisse von PEBB\$Y umzusetzen. PEBB\$Y hat gezeigt, dass die RichterInnen erheblich überlastet sind. Bei allen Richtern, egal ob an den Amts, Land- oder Oberlandesgerichten liegt die Auslastung über 100 Prozent. DIE LINKE möchte durch eine bessere Personalausstattung der Gerichte eine einheitliche Belastungsquote an den Gerichten erreichen. Aus unserer Sicht müssen vor allem die Arbeits- und Sozialgerichte besser ausgestattet werden.
- 3. Wie beurteilen Sie die Stellung der Amtsgerichte? Teilen Sie die Auffassung, dass die Richter an den Amtsgerichten so viel Zeit zur Verfügung haben müssen, dass sie mit derselben Sorgfalt die Fälle bearbeiten können wie die Richter an den Land- und Oberlandesgerichten? Wie wollen Sie das gewährleisten?** Die Arbeit der AmtsrichterInnen ist aus Sicht der LINKEN häufig sehr zeitaufwendig. Sie müssen mitunter komplexe Sachverhalte ordnen und beurteilen. Wir denken, dass die AmtsrichterInnen häufig zu wenig Zeit für ihre Fälle haben, je nachdem, in welchem Bereich sie tätig sind. Aus unserer Sicht gibt es nicht DEN oder DIE AmtsrichterIn. Ziel muss sein, dass die AmtsrichterInnen genau so viel Zeit für ihre Fälle haben wie die RichterInnen an den Land- bzw. Oberlandesgerichten. Dazu ist eine bessere materielle und personelle Ausstattung notwendig. Aus Sicht der LINKEN ist eine ausreichende Zahl an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern für den Beruf der Richterin/des Richters bzw. der Staatsanwältin/des Staatsanwaltes Voraussetzung für eine ausreichende Personalausstattung. Dazu gehört auch eine Besoldung, die zur Attraktivität dieser Berufe beiträgt. Konkret auf den Prüfstand muss aus Sicht der LINKEN die Absenkung der Besoldung für BerufsanfängerInnen im Eingangsamts, da sonst aufgrund der zukünftigen Pensionierungswellen qualifizierter Nachwuchs fehlt.

- 4. Nach einer Entscheidung des dritten Strafsenats des OLG Hamm wird eine richterliche Bereitschaft „rund um die Uhr“ diskutiert. Was halten Sie davon? Steht der rechtsstaatliche Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis zum wirtschaftlichen Aufwand? Wie soll der 24-Stunden-Dienst ggf. ausgestaltet, wie soll er finanziert werden? Ist ein Freizeitausgleich (zusätzlicher Urlaub) oder ein Nachtzuschlag für die betroffenen Richter geplant? Wollen Sie sich bei den Haushaltsberatungen für eine entsprechende Vergrößerung des Justizetats einsetzen?** Wenn ein richterlicher 24-Stunden-Bereitschaftsdienst aufgrund grundrechtssensibler Rechtssprechung durch das OLG Hamm notwendig wird und eingerichtet werden muss, geht dies aus Sicht der LINKEN nur durch eine stärkere Ausstattung mit Personal. Bereits jetzt fehlen RichterInnen und Staatsanwälte, auch der nichtrichterliche Bereich ist personell gekürzt worden. Angesichts der derzeitigen Überlastungssituation müssen alle Gerichte personell besser ausgestattet werden, um auch einen notwendig gewordenen Bereitschaftsdienst rund um die Uhr zu schultern, ohne das Personal dabei durch Überlastung zu überfordern. Nur eine ausreichend ausgestattete unabhängige Justiz kann einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat gewährleisten. Dafür muss genügend Geld bereit gestellt werden.
- 5. Die Besoldung der Richter ist inzwischen Ländersache. Das Richtergehalt in Deutschland ist je nach Bundesland unterschiedlich hoch und deutlich niedriger als in den meisten anderen europäischen Staaten. Beabsichtigen Sie, das zu ändern? Oder planen Sie weitere Einsparungen (z.B. eine weitere Kürzung oder Abschaffung des Weihnachtsgeldes)? Meinen Sie, dass sich die stärkere Belastung der Richter an den Amtsgerichten auch im Gehalt niederschlagen soll?** DIE LINKE lehnt weitere Einsparungen im Bereich der Besoldung ab. Aus Sicht der LINKEN ist eine ausreichende Zahl an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern für den Beruf der RichterIn/der Staatsanwältin/der Staatsanwältin Voraussetzung für eine ausreichende Personalausstattung. Dazu gehört auch eine Besoldung, die zur Attraktivität dieser Berufe beiträgt. Konkret auf den Prüfstand muss aus Sicht der LINKEN die Absenkung der Besoldung für BerufsanfängerInnen im Eingangsjahr, da sonst aufgrund der zukünftigen Pensionierungswellen qualifizierter Nachwuchs fehlt.
- 6. An den Amtsgerichten gibt es deutlich weniger richterliche Beförderungstellen als an den Land- und Oberlandesgerichten. Wollen Sie daran etwas ändern?** DIE LINKE setzt sich aufgrund der wachsenden Komplexität der Arbeit an den Amtsgerichten dafür ein, dass es auch dort mehr Beförderungstellen gibt.
- 7. Was halten Sie von der Idee, alle Richter unabhängig von ihrer Funktion gleich zu bezahlen?** Dazu hat sich DIE LINKE noch keine abschließende Meinung gebildet. Grundsätzlich setzen wir uns für gleichen Lohn bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit ein.
- 8. Die ohnehin kaum vorhandene Mitbestimmung der Richter ist durch die Änderung des Personalvertretungsgesetzes, das nach dem Landesrichtergesetz für Richter entsprechend gilt, weiter eingeschränkt worden. Finden Sie das richtig oder wollen Sie die Mitbestimmung erweitern? Was sind ggf. konkrete Pläne? Werden Sie sich für ein Landesrichtergesetz mit einer eigenständigen Regelung der Mitbestimmung für Richter einsetzen?** DIE LINKE wird als einer der ersten Initiativen einen Gesetzentwurf zur Änderung des LPVG einreichen. Dieser ist von uns bereits erarbeitet worden. Dabei geht es um eine erneute Ausweitung der Mitbestimmung der Beschäftigten gemessen an der Mitbestimmung der Betriebsräte in der Privatwirtschaft. DIE LINKE.NRW setzt sich dafür ein, dass alle Beschäftigten – insbesondere auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst – entsprechende Mitbestimmungsrechte und Vertretungsorgane erhalten. Für uns ist vor allem wichtig, dass keine Ständevertretung entsteht, sondern alle Beschäftigten gemeinsam im Betrieb solidarisch für ihre Rechte kämpfen.

9. **Was halten Sie von einer Selbstverwaltung der Justiz? Wie ggf. Ihr Modell für eine Selbstverwaltung aus? Befürworten Sie die Selbstverwaltung der Gerichte durch von den Richtern gewählte Präsidien? Was halten Sie von einer Besetzung der Richterstellen durch einen Richterwahlausschuss, der aus vom Parlament und von den Richtern gewählten Mitgliedern besteht?** DIE LINKE.NRW setzt sich für die organisatorische Unabhängigkeit und Demokratisierung der Justiz ein. Eine hierarchische Verwaltungsstruktur, die Personal- und Mitteleinsatz steuert, und eine Justizverwaltung, die praktisch unanfechtbar über Einstellung und Beförderung von Richterinnen und Richtern entscheidet, beschneidet die innere Unabhängigkeit der Justiz. Deswegen fordert auch DIE LINKE.NRW die Einführung von RichterInnenwahlausschüssen und eine Selbstverwaltung der Justiz.
10. **Ausgaben für Prozess- und Verfahrenskostenhilfe belasten den Justizhaushalt erheblich. Ein großer Teil der familiengerichtlichen Verfahren wird vom Staat bezahlt. Wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, das zu verändern? Was halten Sie von einer Selbstbeteiligung, sei es durch eine einmalige Zahlung entsprechend der Praxisgebühr oder in Form einer monatlichen Mindestrate?** DIE LINKE wird sich im Landtag konsequent dafür einsetzen, dass über eine Bundesratsinitiative der Gerichtskostenvorschuss bei Verwaltungsverfahren wieder abgeschafft wird und die Möglichkeiten, Beratungs- und Prozesskostenhilfen zu beantragen, ausgeweitet werden.